

Erzähler vom Westerwald

Hachenburger Tageblatt

Tägliche Nachrichten
für die Gesamtinteressen des Westerwaldgebiets

Mit der achteitigen Wochenbeilage
Illustriertes Sonntagsblatt.

Aufschrift für Drahtnachrichten:
Erzähler Hachenburg, Fernruf Nr. 72

Mit der Monatsbeilage: Ratgeber für
Landwirtschaft, Obst- und Gartenbau.

Druck und Verlag der Buchdruckerei
Th. Kirchhölz in Hachenburg.

Nr. 113

Bezugspreis: vierteljährlich 2.40 M.,
monatlich 80 Pfg. mit Beleglohn; durch die
Post 2.25 M. bezw. 75 Pfg. ohne Beleglohn.

Während des Krieges müssen die Freibeilagen wegfallen.

Hachenburg, Donnerstag, den 16. Mai 1918.

Anzeigenpreis (zahlbar im voraus):
die sechszeilige Beilage oder deren
Raum 20 Pfg., die Reklamezeile 60 Pfg.

10. Jahrg.

Spione und Fälscher.

Rein Tag vergeht, ohne der Welt neue Beweise für
von allen Bedenken freie Kampfweise unserer Gegner
zu liefern. Es muß schlecht um ihre Sache bestellt sein,
wenn sie so leicht, so leicht, so leicht sich gegen die
schweren Gefahren der Entlarvung und Abstrafung aus-
zuweichen wissen. Wir in die Schweiz, so hören wir von
unseren umfangreichen Spionageringen, in dem mehrere
hundert Leute zu langjährigen Zuchthausstrafen ver-
urteilt worden sind, denen sie sich jedoch rechtzeitig durch
die Flucht nach Frankreich entzogen haben; es braucht also
nicht erst gesagt zu werden, zu welchen Gräueltaten sie den
neutralen Boden der Eidgenossenschaft mißbraucht haben.
Wir unsere Aufmerksamkeit nach Norwegen,
wo wir von einem in Christiania, wo
berühmter schwedischer Telegrammision, Gustav
Lundberg mit Namen, sich deswegen zu verantworten
hatte, weil er verfuhr hatte, Telegrammabhebern dazu zu
verleiten, ihm Abschriften von Geheimdevisen an fremde
Mächte zu verkaufen. Der gute Mann war bereits
in Kopenhagen ausgewiesen worden, wo er sich in
der Weise angenehm bemerkbar gemacht hatte. Erfolg
seiner Spionagetätigkeit hatte er nur in Schweden, dessen
Grenzstadt er zusammen mit zwei Brüdern lange Zeit
überwacht und unruhig machte. Dort mußte er hunderte von
Telegrammabhebern an sich zu bringen und gegen
den hohen Lohn an seine Auftraggeber abzugeben — was
ihm zuweilen bis zu 10 000 Kronen im Monat eintrug.
Wie soll es vermittelte er der französischen und eng-
lischen Geheimdienste in Stockholm Einblick in Chiffre-
verkehr der Mittelmächte, bis seinem Treiben schließlich
Ende gemacht wurde. So arbeiten die lauten Ver-
treter von Recht und Sittlichkeit, mit denen wir uns nun
alljährlich herumschlagen haben!

Eine noch größere Rolle in ihrem Register spielen die
Fälschungen. Hier sind sie vor gerichtlichen Feststellungen
nicht so gut wie geschützt, also legen sie sich in ihrer schimpf-
lichen Arbeit nicht den geringsten Zwang auf. Der
künftige Geschichtsforscher, der einmal die Brief- und
Dokumentenstücke dieser Kriegszeit ausdecken und zu-
sammenstellen wird, kann sich auf ein dickes Bündel
Fälschungen machen, auch wenn er sich nur auf die amtlichen
und halbamtlichen Nachrichten dieser Art beschränken
wollte. Auch hier kein Tag, an dem nicht neues Material
zu Tage gefördert wäre. So wird uns jetzt wieder von Paris
aus auf dem Umwege über London die Geschichte von
dem zweiten Briefe Kaiser Karls an seinen Schwager,
den Prinzen Sigismund von Parma, aufgetischt. Kein
Mensch erfährt etwas darüber, von wem diese Ver-
fälschung plötzlich kommt, wer sie veranlaßt hat, wer
die Verantwortung für sie zu tragen hat; sie ist da und
erschüttert auf das gläubige Publikum, das ja nur allzu-
leicht durch geschickte Manipulation zu täuschen ist. Wieder
einmal Schlag-Lothringen in dem angeblichen Kaiserbrief die
Kontrolle: er sei überzeugt, läßt der Fälscher den Kaiser
schreiben, daß er Deutschland überreden könne, Frieden zu
schließen unter der Bedingung, daß die Verbündeten ihre
Anforderungen auf Lothringen beschränken. Selbst-
verständlich mußte das ganze bestohene Gebiet geräumt und
bedingungslos wiederhergestellt werden. Bulgarien
ist schon für diesen Plan gewonnen; nur müßte der ver-
fälschte Charakter dieses Briefes gewahrt werden,
daß er, der Kaiser, von der französischen Regierung
eine weitere erwarten dürfe, da sie auf Ehrenwort
erklärt habe, ihn nicht verraten zu wollen. Also wieder
keine Dynamitbombe, geschleudert in dem Augenblick,
als Kaiser Karl im deutschen Großen Hauptquartier weilte,
sondern das in blutigen Völkertrennungen bewährte
Bündnisverhältnis zum Deutschen Reich nicht nur
nicht zu bekräftigen, sondern über seinen bisherigen
Bereitschaftsbereich hinaus zu erweitern und zu ver-
festigen. In Wahrheit existiert auch dieser Brief, wie von
Paris aus auf das bestimmteste erklärt wird, nicht, wir
haben es auch in diesem Fall mit einem vergifteten Geschloß,
das ebenfalls auf den Schützen zurückprallen wird, wie
der Clemenceau es zu seinem großen Leidwesen das vorige
Mal erfahren hat. Diesmal hält er sich, gewarnt durch
seine schmerzhaften Kammervorlesungen, etwas vorsichtiger im
Untergrund — er ist ja angeblich auch durch ein Ehren-
wort der französischen Regierung gebunden; aber das
Ehrenwort selbst kann er sich doch nicht verweigern;
was helfen mag! Nun, wir glauben schon gern, daß
er herzlich froh wäre, wenn seine Bundesgenossen auf alle
seine Beute verzichten und lediglich gegen die Herausgabe
von Lothringen den Krieg beenden wollten. Der
Fälscher ist so verwirrt, daß er ihn schon
in einem andern Gebiet aufzuheben muß; wenn er selbst
nicht hervorkommt, würde es in London und in Rom wohl
lange Gefächler geben. Aber auf Kosten des Wiener
Friedens darf man immer schon ein Fälscherstückchen wagen
— die Hauptsache ist, daß man das eigene Bündnis und
die Beziehungen auf diese Weise zur Kenntnis der Verbündeten
bringt, alles andere gerät in dem furchtbaren Lärm des
Krieges doch bald wieder in Vergessenheit. Die Würde
des Monarchen — soll man um solcher Pappalien willen
bedenken tragen? In der großen Republik?

Über der Krug geht nur so lange zu Wasser, bis er
bricht. Die unfauberen Praktiken der Ententeherren
werden das Verderben nicht aufhalten können, dem sie ent-
gegengehen.

Deutsch-rumänischer Sondervertrag.

Regelung aller Wirtschaftsfragen.

Berlin, 14. Mai.

Auf Grund des Artikels 29 des Friedensvertrages ist
zwischen Deutschland und Rumänien unter dem 7. d. Mts.
ein besonderes Abkommen über die künftige Regelung der
wirtschaftlichen Beziehungen, des Eisenbahnverkehrs, des
Post- und Telegraphenverkehrs, sowie über eine Verstanlage
in Giurgiu geschlossen worden. Die vertragschließenden
Teile verpflichten sich, weder direkt noch indirekt an Maß-
nahmen teilzunehmen, die auf die Weiterführung der Feind-
seitigkeiten auf wirtschaftlichem oder finanziellem Gebiete
abzielen, und innerhalb ihres Staatsgebietes solche Maß-
nahmen mit allen ihnen zu Gebote stehenden Mitteln zu
verhüten.

Die einzelnen Bestimmungen beziehen sich auf die
vorläufige Beibehaltung der Zollfreiheit, die Anwerbung
von Arbeitern, die Erwerbung und Nutzung von beweg-
lichen und unbeweglichen Vermögenswerten ohne Be-
schränkung. Der Handels-, Zoll- und Schiffsverkehrs-
vertrag von 1893 soll wieder in Kraft treten und bis
zum 31. Dezember 1930 in Geltung bleiben. Es
werden ihm eine Anzahl neuer Artikel eingefügt. Das
Abkommen über die Eisenbahnfragen regelt die Zahlungs-
verpflichtungen aus der Zeit vor dem Kriege, die Rückgabe
oder Erhebung des Eisenbahnmateriells, das bei Ausbruch
des Krieges auf dem Gebiete des anderen Teiles sich be-
fand. Mit Bezug auf das Post- und Telegraphen-
wesen ist vereinbart, daß Rumänien auf Grund des
Artikels 21 des Weltpostvertrages mit Deutschland ein
Sonderabkommen für den Postverkehr schließen wird,
wonach Deutschland nicht ungünstiger gestellt wird, als
ein an Rumänien nicht unmittelbar angrenzendes Land.

Besondere Rechte Deutschlands.

Besonders wichtig sind die Schlussbestimmungen des
Sonderabkommens. Danach wird eine dritte unmittel-
bare Telegraphenleitung Berlin—Bukarest gebaut,
Deutschland erhält das Alleinrecht bis Ende 1950 an der
rumänischen Küste Kabel landen zu lassen und endlich
verpachtet die rumänische Regierung an eine von der
deutschen Regierung zu bestimmenden Gesellschaft für den
Bau einer Verstanlage am Winterhafen von
Giurgiu Staatsgelände auf die Dauer von 40 Jahren.
Der rumänischen Regierung wird eine Kapitalbeteiligung
von mindestens 30 % zugesichert.

Das neue Mitteleuropa.

Deutsch-österreichisch-ungarischer Staatsvertrag.

Wien, 14. Mai.

In hiesigen diplomatischen, politischen und parlamen-
tarischen Kreisen hat die Mitteilung aus dem deutschen
Hauptquartier über den Ausbau und die Vertiefung des
Bündnisses ungeheures Aufsehen erregt. In gutunter-
richteten Kreisen werden bereits die Einzelheiten des erwei-
teten Vertrages besprochen. Der bisherige Dreibündnisvertrag
war ein diplomatischer Vertrag, der den Beteiligten für
den Fall eines Angriffs die Waffenhilfe des Mitunter-
zeichneten zusicherte. Das neue Bündnis wird darüber
formell und inhaltlich weit hinausgehen. Es soll die
ganzen politischen, militärischen und wirtschaftlichen Be-
ziehungen der beiden Reiche durch Geschäftsverträge fest-
legen; das Bündnis soll also zum Staatsvertrag werden.

Außenpolitisch soll das Bündnis seinen rein de-
fensiven Charakter behalten, aber zum Schutzvertrag nach allen
Richtungen (also nicht mehr bloß gegen Rußland) ausge-
staltet werden. Die ausro-polnische Frage soll bei dieser
außenpolitischen Regelung eine Rolle spielen.

Militärisch sollen die gegenseitigen Vereinbarungen
so verdichtet und vereinheitlicht werden, daß von einer Art
Militärkonvention gesprochen werden kann.

Wirtschaftlich wird eine möglichst weitgehende Ge-
meinschaft angestrebt, die namentlich für die Übergangs-
wirtschaft unerlässlich ist. Wenn dabei auch alles vermieden
werden soll, was eine wirtschaftskriegerische Spitze gegen
die übrigen Handelsstaaten zu haben scheinen könnte, so
steht doch die vielbesprochene Zollunion im Bereich der bereits
skizzierten Pläne.

Wenn diese Angaben zutreffen, so wird der ent-
sprechende Vertrag in den Staatsgeheimen der vertrag-
schließenden Länder festgelegt werden müssen. Er wird
daher in allen Einzelheiten der Zustimmung aller Parla-
mente dieser Länder bedürfen. Daraus werden indes auch
schon die Schwierigkeiten ersichtlich, denen das Bündnis
in seiner neuen Gestaltung begegnen wird, denn dieses neue
Mitteleuropa hat in allen drei Ländern mannigfache Wider-
sacher. Ungarn wird ohne Zweifel eine Stütze des neuen
Bündnisgedankens sein, dagegen dürften Tschechen und
Südslawen, sowie gewisse Wirtschaftskreise gegen eine

solche Ausgestaltung des Bündnisses sein, das zwar in
Deutschland manche Gegnerschaft wachrufen, aber im
ganzen wohl kaum ernstlich bekämpft werden wird.

Politische Rundschau.

Deutsches Reich.

+ Von einem angeblichen Ultimatum an Rußland
weiß die englische Presse zu berichten. Danach verlangt
Deutschland die „Erfüllung gewisser Forderungen, wodurch
Rußland zu einer deutschen Kolonie werden würde“. Ähn-
lich wird dazu erklärt, daß diese vor Rußland kommende
Melbung jeder Begründung entbehrt. Die mit dem Volks-
kommissariat geführten Verhandlungen stehen durchaus auf
dem Boden des breiten Friedensvertrages und betreffen
lediglich die technische Durchführung der darin aufgeführten
Vereinbarungen; sie werden in durchaus verhältnismäßigem
Ton geführt und sind ihrer ganzen Natur nach nicht dazu
angelegt, auch nur den Anschein eines Ultimatus zu
erwecken.

Dänemark.

+ Wie norwegische Blätter aus Island berichten, ist
man in allen Kreisen Islands gewillt, die isländische
Selbstständigkeit durchzuführen. Vornehmlich die Sozialisten
haben sich eng zusammengeschlossen, um auf der Forderung
zu bestehen. Eine sozialdemokratische Abordnung ist zu
Verhandlungen nach Kopenhagen entsandt worden. Die
in London weilenden Abordnungen sollen bereits von der
englischen Regierung zustimmende Erklärungen erhalten
haben.

+ In der weiteren Beratung der Besitzverhältnisse im
Hauptauschuß des Reichstages stand der Vorschlag der
Mehrheitsparteien betreffend die Erhebung einer Reichs-
vermögenssteuer im Mittelpunkt der Erörterungen. So-
wohl der bayrische Finanzminister v. Bräunig, als auch
der sächsische Finanzminister v. Seidewitz machten Be-
denken geltend gegen eine solche Besteuerung, die in die
Finanzhoheit der Bundesstaaten eingreift, ganz abgesehen
davon, daß es noch nicht feststeht, ob wir nicht eine
Kriegsschädigung erhalten werden. Der Ausschuß nahm
dann einstimmig den Antrag auf Errichtung eines Reichs-
steuergerichtshofes an.

+ Über die Richtlinien für Behandlung der Ostfragen,
die jüngst im Hauptauschuß des Reichstages von ihm
aufgestellt wurden, macht jetzt der Zentrumsabgeordnete
Erbsberger in der „Post. Ztg.“ nähere Mitteilungen. Nach
eingehender Darstellung der Verhältnisse in den Rand-
staaten kommt er zu dem Schluss, daß ihm nichts ferner
gelegen habe, als die Absicht, einen Vorstoß gegen die
Oberste Heeresleitung zu unternehmen.

Großbritannien.

+ Das irisch-englische Verhältnis ist jetzt aufs äußerste
gekommen. In allen Kirchen Irlands werden Sammlungen
zur nationalen Verteidigung veranstaltet. In Erwartung
des Krieges mit England verweigert die irische Land-
bevölkerung die Annahme von englischem Papiergeld und
versteht sein Silber. In den letzten drei Monaten wurde
höchstens so viel Silber von der englischen Münze nach
Irland geschickt, als im gleichen Zeitraum des Vorjahres.

+ Zu einer Aussprache über Friedensmöglichkeiten
kam es im Oberhause, als Lord Deubigh scharfe Maß-
nahmen gegen die Friedensverhandlungen verlangte. In
längerer Rede wandte sich Lord Lansdowne dagegen
und führte u. a. aus, es sei geradezu verbrecherisch, wenn
erwartete Friedensangebote von vornherein abgelehnt
werden wie es in letzter Zeit der Fall gewesen zu sein
scheint. Man müsse endlich mit der Gewohnheit brechen,
jeden für verrückt zu erklären, der sich für einen ver-
nünftigen Frieden einsetze.

Aus In- und Ausland.

Berlin, 14. Mai. Die freikonservative Partei des preußi-
schen Abgeordnetenhauses hat heute einstimmig anstelle des
Hrn. v. Sedlitz und Neufuß den Abg. Lüdke-Spandau
zum Vorsitzenden gewählt.

Wien, 14. Mai. Bei der Reichstagserversammlung im
Wahlkreis Wien-Grünburg wurde Parteisekretär Richard
Reiser (Soz.) mit 12 405 Stimmen gegen den Unabhängigen
Sozialisten Deder (4826 Stimmen) gewählt.

Paris, 14. Mai. Bei einer großen Arbeiterkundgebung in
Bisbol wurde eine Entschließung angenommen, die alle
Arbeiter der Welt zur baldigen Wiederherstellung der
Internationalen aufruft.

Amsterdam, 14. Mai. In der Schlussabstimmung über
das neue Wahlrechtsgesetz hat das Unterhaus den Vorschlag,
den Grundfab der Verhältniswahl in hundert Wahlkreisen
anzuwenden, mit 166 gegen 110 Stimmen abgelehnt.

Rotterdam, 14. Mai. Im Unterhause erklärte Valsour,
daß sich die englische Regierung bemühen werde, bei der end-
gültigen Friedenskonferenz eine Änderung der Bedingungen
des Friedens von Bukarest durchzuführen.

Konstantinopel, 14. Mai. Tschaufassien hat seine Unab-
hängigkeit erklärt und sie den verbündeten und neutralen
Staaten telegraphisch mitgeteilt.

Kiew, 14. Mai. Nach Abreise der ukrainischen und
der russischen Regierung sollen die Friedensverhandlungen
demnächst hier stattfinden.

Deutscher Reichstag.

(165. Sitzung.)

CB. Berlin, 14. Mai.

Auf der Tagesordnung stehen kleine Anfragen. Abg. Rupp (konf.) bemängelt die Bekämpfung von Landwirten durch Entziehung von Zucker usw., wenn sie nicht die vorchriftsmäßige Anzahl von Eiern abliefern. Staatssekretär Dr. Müller: Die Eierablieferung ist Landesache. Urlaubssperreverfügungen wegen Nichtablieferung von Eiern haben nicht stattgefunden. Auf eine Anfrage des Abg. Dr. Volkert (natl.) betr. die Doppelbesteuerung von Offizieren holländischer Staatsangehörigkeit, die nach Preußen abkommandiert sind, gibt der Regierungsvorsteher den Tatbestand an und verspricht Beilegung solcher Fälle. Auf eine Anfrage des Abg. geordneten Vfr (natl.) über die Kohlenablieferung der Großstädte im Frühjahr und Sommer erklärt Direktor im Reichswirtschaftsamt Dr. Müller, es werde alles getan, um die Großstädte frühzeitig und ausreichend zu beliefern. Auf eine Anfrage des Abg. Weizer (Sentr.) erwidert Hauptmann v. Krost, daß künftige Vorkämpfer nicht beschlagnahmt werden, solange Erfahrungsmaterial vorhanden ist.

Die zweite Lesung des Etats des Reichsjustizamtes wird fortgesetzt. Abg. Dr. Meyer (Sentr.) begründet eine Entschließung auf Schaffung einer amtlichen sozialen Organisation der Rechtsanwälte. Abg. Behrens (D. Fr.) wünscht die Möglichkeit kurzfristiger Freiheitsstrafen in Geldstrafen umgewandelt zu werden und wendet sich gegen die vielen Strafanträge in den Verordnungen.

Abg. Dr. Bergfeld (U. Soz.) erklärt, daß es eine schlimmere Klassenjustiz als während des Krieges noch nie gegeben habe. Das Streben der Arbeiter nach Freiheit werde mit Zuchthaus bestraft. Der Redner verliest dann in höchst aufgeregter und aufreißender Weise eine Reihe von Zuchthausstrafen, die gegen jugendliche Angeklagte von unter und über 20 Jahren verhängt worden sind. Das Haus weist nicht mehr als etwa 20 Anwesende auf, darunter etwa ein halbes Dutzend Unabhängige, die diese Verlesung mit lauten Hui-Rufen begleiten und davon auch nicht abgehen, als der Vizepräsident Dr. Baasche dringend und dringender um Unterlassung der Zwischenrufe bittet. Insbesondere beteiligen sich die Abgg. Kunert und Boghert an dem Vort. Auf fortgesetzten Zuruf von fortschrittlicher Seite hört man aus den Reihen der Unabhängigen den Zwischenruf: „Sie Idiot“, von der anderen Seite den Ruf: „Ihr Komödianten!“ — Worauf Abg. Dr. Bergfeld mit den Worten schließt: Das Reichsgericht hat alles getan, um die Rechtsdiktatur zu stärken. (Beifall auf der äußersten Linken. Lärm bei den übrigen Parteien.)

Staatssekretär Dr. v. Krause: Ein so hohes und hochstehendes Gericht wie das Reichsgericht in dieser Weise zu verächtlichen, ist unerhörl. Das Reichsgericht ist erhoben über solche Unterstellungen. (Starkes Lachen bei den U. Soz.) Wenn Sie darüber lachen, so beweisen Sie nur, daß Sie kein Urteil über die Dinge haben, daß Sie nicht leben wollen, was Recht und Unrecht ist. In dem vom Redner angezogenen Fall der Frau Ley hat ja gerade nach langer Untersuchung das Reichsgericht entschieden, daß die Verdachtsmomente nicht ausreichen. Ist das gerecht oder ungerecht? In den anderen Fällen waren die Angeklagten überführt und die Richter des höchsten Gerichtshofes haben nach bestem Ermessen ein Urteil gefällt, wie es jeder von den Unabhängigen Sozialisten eingefallene Gerichtshof ganz bestimmt nicht anders hätte fällen können.

Abg. Landberg (Soz.): Die Strafen für die Übertretung von Kriegsverordnungen sind viel zu hart. Die kurzen Gefängnisstrafen erzielen doch keine Besserung. Die Krone sollte von ihren Gnadenlassen mehr als bisher Gebrauch machen. Die Kriegsverordnungen äußern sich eben verschieden: die einen stellen maßlose Kriegsziele auf, die anderen schlagen Schaulustler ein. (Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Abg. Dr. Cohn (U. Soz.): Das Jugendstrafrecht muß schleunigst verbessert werden. Wenn wir von Klassenjustiz des Reichsgerichts sprechen, so ist das kein persönlicher Vorwurf. Die Richter des Reichsgerichts sind aber auch nur Produkte ihrer Abkammerung und Umgebung. Als Dr. Cohn immer wieder von Klassenjustiz spricht und sich gegen Ermahnungen des Präsidenten mit leidenschaftlichen Worten wehrt, wird er vom Vizepräsidenten Baasche unter erneuertem Lärm der äußersten Linken dreimal hintereinander zur Ordnung gerufen. Er schließt mit einem Protest gegen den Präsidenten.

Der Etat des Reichsjustizamtes wird erledigt. Die Anträge des Ausschusses angenommen. Beim Kolonialetat, der dann folgt, bespricht Abg. Seidner (Soz.) die unumtöschliche Behandlung der 1500 Aramen

und Kinder der deutschen Wehrpflichtigen, die in Ostafrika von den Engländern festgehalten werden.

Auch dieser Etat wird nach kurzer Debatte erledigt. Das Haus vertagt sich dann bis zum 4. Juni.

Das gleiche Wahlrecht für Preußen abgelehnt.

In 1. Lesung mit 236 gegen 185 Stimmen — Auch das Pluralwahlrecht abgelehnt — Die Wahlvorlage geht aus Herrenhaus.

11. Berlin, 14. Mai.

Nachdem das preussische Abgeordnetenhaus heute zunächst einige weniger wichtige Fragen der Vorlagen erledigt hatte, kam es zur Abstimmung über den entscheidenden Paragraphen 3. Das Haus hatte in seiner Mehrheit in zweiter Lesung sich gegen das gleiche Wahlrecht erklärt, dagegen das vom Ausschuss beschlossene Pluralwahlrecht angenommen. Bei der heutigen Abstimmung wurden die vorliegenden Anträge zur Wiederherstellung des Paragraphen 3 der Regierungsvorlage, der das gleiche Wahlrecht vorsieht, mit 236 gegen 185 Stimmen abgelehnt.

Das Haus lehnte ferner das Pluralwahlrecht ab, worauf die Regierung erklärte, sie werde die Vorlage für das gleiche Wahlrecht noch aus Herrenhaus bringen, bei einem Mißerfolg aber die Auflösung des Landtages in Betracht ziehen.

Sitzungsbericht.

Unter großer Spannung wurde heute bei aufbelebtem Hause die dritte Lesung der Wahlrechtsvorlagen bei den Verfassungsausschüssen weitergeführt. Die Aussprache wird bei dem gestern zurückgestellten Artikel 2 fortgesetzt. Danach wird u. a. ein

Verständigungsausschuss aus Mitgliedern beider Häuser gebildet, wenn die Erste Kammer einem Beschlusse des Abgeordnetenhauses zum Haushaltsplan nicht beitrifft. Dazu liegt ein Antrag Dr. Korsch (Str.) vor. Er verlangt die Durchzählung beider Häuser, wenn eines der beiden Häuser den Haushaltsplan im ganzen ablehnt, nach dem Zusammentritt des Verständigungsausschusses. Bei diesen Durchzählungen sollen nur solche Mitglieder der Ersten Kammer stimmberechtigt sein, wie die Mitgliederzahl des Abgeordnetenhauses beträgt. Die Herabsetzung der Stimmenzahl der Mitglieder der Ersten Kammer erfolgt durch Ausschleidung der erforderlichen Zahl der zuletzt berufenen Mitglieder.

Für den Antrag äußern sich anwesender Dergt. ein Teil der Nationalliberalen, die Konservativen, dagegen die übrigen Nationalliberalen, die Volkspartei und beide sozialdemokratischen Parteien. Der Antrag wird darauf mit dem Artikel II und III angenommen.

Die Wahlen zum Abgeordnetenhaus.

§ 1. der feststellt, wer wahlberechtigt ist, wird ohne Aussprache angenommen. § 2 behandelt den Ausschluß von der Wahlberechtigung. Abg. Dr. a. Kriegs (konf.) begründet einen konservativen Antrag, wonach ausdrücklich erklärt werden soll, daß Personen, die die bürgerlichen Ehrenrechte verloren haben, vom Wahlrecht ausgeschlossen sind. Ein Zentrumsantrag, der Erleichterungen fordert, wird abgelehnt, nachdem sich Minister des Innern Dr. Drews und Abg. Voigt (natl.) dagegen, die Abgg. Dr. Lewin (fortsch.) und Seibert (Soz.) dafür ausgesprochen haben. Der konservative Antrag wird angenommen. Im übrigen bleiben die Beschlüsse zweiter Lesung unverändert.

Das gleiche Wahlrecht.

Es folgt der § 3. Danach hat jeder Wähler eine Grundstimme. 5 Zusatzstimmen können hinzukommen (Pluralwahlrecht). Die fortschrittliche Volkspartei beantragt Wiederherstellung der Regierungsvorlage, also Einführung des gleichen Wahlrechts. Die gleiche Forderung stellt ein Antrag Lucas (natl.). Ein Antrag Lohmann (natl.) fordert zwei Zusatzstimmen.

Der Zentrumsabgeordnete Dr. Vorsch erklärte, daß nach der Ablehnung der Sicherungsanträge ein Teil seiner Partei

gegen das gleiche Wahlrecht zu stimmen sich entschlossen habe, aber nach der sympathischen Annahme der Sicherungsvorlage und in der Erwartung und Voraussetzung ihrer Annahme der nächsten Lesung doch nicht gegen das gleiche Wahlrecht stimmen werde. Das vom Ausschuss beschlossene Pluralwahlrecht lehnt das Zentrum ab, seine Stellungnahme Antrag Lohmann behält es sich vor. Darauf sprach v. Kardorff im Sinne seiner Ausführungen bei der 2. Lesung Herr v. Kardorff: Die Auflösung im gegenwärtigen Augenblick halte ich für ein Unglück, und wenn sie bis an Kriegsende verschoben wird, und wie ein Damoklesschwert über uns allen schwebt, so ist eine schwere Unruhe in den gesamten inneren politischen Leben voraus.

Schon im Hinblick auf die schädliche Wirkung im Lande mühte eine Verständigung zustande kommen. Verständigung auf der inneren Front, bei der es weder noch Besiegte gibt, wäre von bleibender und großer Bedeutung. Entgegenkommen muß auf allen Seiten zu werden. Wenn eine Verständigung erzielt wird, dann und wird der Augenblick nicht mehr fern sein, wo Vaterland nach einem beispiellos schweren Existenzkampf sich wieder erholen können, sie sind alle gegen mich aufgebracht, aber sie haben nichts wider mich verdammt. (Beifall.)

Abg. Dr. Rich. Berlin (Soz.) bekämpft den Antrag Lohmann. Abg. Derben (frl.): Wir sind für ein allgemeines durch gewisse Sicherungen gesichertes gleiches Wahlrecht. (Beifall.) Wir hoffen, daß auf der Grundlage des Antrags Lohmann eine Verständigung zustande kommen muß von allen Seiten nachgeben. Abg. A. Hoffmann (U. Soz.) polemisiert in üblicher Weise gegen die Parteien. Abg. Graef (konf.) wendet sich gegen den Kardorff und vertritt nochmals den Standpunkt seiner Partei. Abg. Lucas (natl.) erklärt, seine engeren Freunde würden Wiederherstellung der Regierungsvorlage (gleiches Wahlrecht) stimmen.

Runmehr beginnt, nachdem noch der Abg. A. Hoffmann für einen Zwischenruf zur Ordnung verwiesen ist, die nächste Abstimmung. Sie hat das oben schon schon mitgeteilte Ergebnis der Ablehnung des gleichen Wahlrechts mit 236 gegen 185 Stimmen.

Für das gleiche Wahlrecht stimmten die große Mehrheit des Zentrums, die größere Hälfte der Nationalliberalen, Fortschrittliche Volkspartei, die beiden sozialdemokratischen Gruppen, die Polen und die Dänen. Von den Konservativen stimmten dafür die Abgg. Dr. Arendt, Dr. Breslau, Dr. Vredt-Warburg, sowie der Abg. Dr. Kersch. Ferner stimmten dafür die beiden konservativen Völkerverbände (Christl.-Soz. und Geisalat-Verband).

Antrag Lohmann ebenfalls abgelehnt.

Der Antrag Lohmann auf eine Zusatzstimme wird mit 236 gegen 73 Stimmen abgelehnt. Dafür stimmten die Mitglieder der Nationalliberalen, einige Freikonservativen und einige Zentrumsabgeordnete.

Auch das Pluralwahlrecht abgelehnt.

Darauf wurde namentlich über die Zusatzstimmen, nämlich das Pluralwahlrecht, das fünf Zusatzstimmen zu abgelehnt.

Die Ausschlußbeschlüsse wurden mit 220 gegen 200 Stimmen bei vier Enthaltungen ebenfalls abgelehnt. Stimmten mit den Konservativen die Freikonservativen auf die Abgg. Dr. Arendt, Wagner, Vredt und Kersch. Auch einige Zentrumsabgeordnete stimmten dafür. Nationalliberalen waren dagegen. Das Abstimmungsergebnis wurde von der Linken mit lebhaftem Beifall aufgenommen.

Da das gleiche Wahlrecht abgelehnt ist, ebenso der Antrag Lohmann auf zwei Zusatzstimmen und die Kommunalbeschlüsse mit dem Pluralwahlrecht, ist also überhaupt Festsetzung über die Art des Wahlrechtes getroffen. Es also in der Vorlage eine Lücke entstanden.

Erklärung der Regierung.

Sofort nach Verständigung des Abstimmungsergebnisses gab Vizepräsident des Staatsministeriums, Dr. Friedländer folgende Erklärung ab:

Die Staatsregierung hält nach wie vor an dem gleichen Wahlrecht unerschütterlich fest und ist entschlossen, seiner Durchführung alle verfassungsmäßigen Mittel anzuwenden zu bringen. (Lebhafter Beifall links und Sentr.) Sie ist jedoch ebenso der Auffassung, daß das Haus als gleichberechtigter Faktor der Gesetzgebung in

Die Frau mit den Karfunkelsteinen.

Roman von E. Marlitt.

42)

Nachdruck verboten.

Das war ihr erster Einzug im Hause ihres zukünftigen Ehemannes gewesen, „ein ganz schlechtes Zeichen“, erzählten sich die Leute heute noch.

Seitdem hatte noch manches stille Antlitz an dieser Stelle die letzten geflüsterten Richterprüche über sich ergehen lassen müssen. Aber einen Toten, wie den letztverstorbenen Kamprecht, hatte der Flurfaal noch nicht beherbergt.

Alle Mütterchen, die unter dem Strom von Schaulustigen auch mühsam die Treppe hinaufgeklettert waren, mußten das ganz genau zu sagen — lag doch dieser herrliche, redenhafte Mann da, als werde und müsse er jeden Augenblick, verwundert über sein seltsames Bett, aufspringen, die Blumen abschütteln, den Schlaf aus den Gliedern reden und die Neugierigen mit seinen feurigen Augen spöttisch anstrahlen!

Und andere, die Männer, die zusammen zischelten, hatten auch recht, wenn sie meinten, die letzte mächtige Säule des alten Hauses sei mit ihm gebrochen — was nun werden sollte? — Die Schattengestalt, die da lang und schlatterig, den dünnen Hals in einen steifen Halskragen gezwängt, und die dünnen Finger in steifen Frösteln aneinander reißend, hin und her glitt, sie war so jämmerlich anzusehen neben dem gewaltigen Toten, daß man mit diesem Erben unmöglich rechnen konnte.

Die Trauerfeierlichkeiten waren vorüber. Die hervorragenden Teilnehmer an dem Einsegnungsakt, die Geistlichkeit, die Damen vom Prinzenhofe, der stellvertretende Adjutant des Herzogs und die nächsten Freunde des Hauses, verweilten noch im großen Salon, wo sich auch die Angehörigen des Verstorbenen versammelt hatten.

Nur die Tochter des Hauses fehlte. Sie hatte sich hinter die schwarzeluchene, das mittlere Fenster mit ihrem reichen Faltenwurf verhüllende Draperie zurückgezogen. Wie verwundert war sie in diese dunkle Ecke geschlüpfert. Mühte es sein, dieses Zeremoniell, diese grausame Schaustellung des Toten und der schmerzvollen Trauer der Ueberlebenden? Und was für gedankenlose Redensarten gingen von Mund zu Mund.

„Ihm ist wohl!“ In allen Varianten wurde es gesagt; aber keiner dieser Schönredner wußte, daß gerade in seinen letzten Lebensstunden eine geheimnisvolle Mission sein ganzes Denken und Wollen durchdrungen und ihn zur Ausführung unwiderstehlich gedrängt hatte.

Er hatte keine Ahnung davon gehabt, daß der Tod mit ihm reite, als er sein Haus verlassen. Draußen in der Fabrik war er der Ruhigste unter den durch die Verwüstungen beunruhigten Leuten gewesen. Er hatte überall die Schäden beseitigt und seine Befehle gegeben; dann war er heimwärts geritten — und da hatte es ihn gepackt. Vom Schwindel überfallen, war er vom Pferde gestiegen und hatte noch Kraft genug gefunden, das feurige Tier festzubinden und sich auf den weichen, laubbestreuten Moosboden hinzustrecken.

Wer aber konnte wissen, welche Schrecken das plötzlich hereinbrechende Todesgefühl hinter der jetzt so glatten, kalten Stirn freisetzt gemacht? Fortgerissen, ohne erfüllt zu haben, „was ein Ende nehmen sollte und mußte“ — kam wirklich ein so völliges Vergessen über die entführte Seele, daß „Ihm wohl!“ war, wie alle diese Leute wissen wollten?

Die letzten der noch im Flurfaal anwesenden Leute waren gegangen, und es war so feierlich still geworden, daß man über das gedämpfte Stimmengemurmel im Salon hinweg das vereinzelte Knistern der herab-brennenden Wachskerzen hören konnte. Da kam der Vater Lenz aus dem tiefen, dunkelblauen Hintergrunde des Flurfaales, er mochte wohl während der ganzen Zeremonie unbeachtet dort gestanden haben. Der alte Mann war nicht allein, sein kleiner Enkel ging mit ihm und schritt auf das Geheiß des Großvaters unverweilt nach dem schwarzbeschlagenen, um einige Stufen erhöhten Podium, auf welchem der Sarg stand. Der kleine war eben im Begriff, den Fuß auf die erste Stufe zu setzen, als Reinhold wie toll aus dem Salon geschossen kam.

„Da hinauf kannst du nicht, Kind!“ rief er kurzatmig, mit unterdrückter Stimme, aber sichtlich empört hervor und zog den Knaben am Arme zurück.

„Erlauben Sie, daß mein Enkel die Hand küßt.“

„... der alte Vater kam nicht weiter, so befiel er auch seine Bitte vorbrachte.“

„Das geht nicht, Lenz — so verständlich sollte doch selbst sein!“ unterbrach ihn der junge Mann abweisend. „Was hätte denn werden sollen, wenn unsere Arbeiter mit diesem Anfinnen an uns getreten wären? Und Sie werden mir doch nicht das Ihr Eitel nicht um ein Tütchen mehr Reden als die Kinder unserer anderen Leute.“

„Nein, Herr Vamprecht, das kann ich Ihnen zugeben“, versetzte der alte Mann rasch. „Zu flieg ihm dunkel ins Gesicht.“ „Der Herr Kommandant war —“

„Mein Gott, ja“, — gab Reinhold mit einem duldsamen Achselzucken zu — „der Papa war allererst oft unbegreiflich nachsichtig; aber so wie er im Grunde, läßt sich durchaus nicht annehmen, daß er Zungen eine solche intime Annäherung in die Vorzimmer der Freundschaft — er zeigte nach dem Tode zurück — „gestattet haben würde. Ich muß halb auch zurückweisen...“ Geh du nur fort, er schob das Kind an den Schultern weiter und nach dem Ausgang — „dein Handfuß ist nicht nützlich!“

Margarete schlug empört den schwarzen Mantel aneinander und trat aus der Fensternische. Sie selbst Augenblick kam aber auch Herbert eiligen Schrittes aus dem Salon — er hatte in der Nähe der Knaben an der Hand und führte ihn an die Vorüber die Stufen hinauf.

„Lieber auf den Mund!“ sagte der Knabe, blähte Gesichtchen von der wachsblassen, in gebetteten Hand wegwendend, in seiner kurzen, ausdrucksweise halblaut zu seinem Führer. „Ich auch noch einmal geküßt — wissen Sie, im Moment wo wir ganz allein waren.“

Fortsetzung

O Niederwurz. Ein Berliner Theaterdirektor und Spieler, der zurzeit in Rattowitz spielt, feiert eine Wende von 1000 Mark auf Ermittlung eines Individuums in einer der letzten Vorstellungen Niederwurz hatte, aus. Der „Schmerz“ hatte eine katastrophale im dicht gefüllten Zuschauerraum entluden sich Massenexplosionen.

1891 Rumänischer Reichspräsident Wilhelm Schuler geb. — 1916 Eroberung der Stadt von der Dodekane von Völkern. — 1917 des russischen Ministers des Äußern Milukow (Nachfolger: ...)

ganzes Staats- und Verfassungsleben grundlegenden Stellung nehmen muß, zumal auch die Neuordnung des Reiches selbst einen wesentlichen Teil des gesamten Reformwerkes bildet. Demgemäß wird auch das geordnete Gange der Gesetzgebung entsprechende, entgegen den Erwartungen der Staatsregierung, innerhalb geordneter Frist nicht zur endgültigen Annahme des Wahlrechts führen, so wird die Auflösung des Hauses am ersten Zeitpunkt erfolgen, zu dem dies nach pflichtgemäßem Ermessen der Staatsregierung mit der Kriegslage im Einklang ist. (Wohlbefall links und im Zentrum.)

Unter allgemeiner großer Bewegung wird darauf die Beratung fortgesetzt. Eine Anzahl Paragraphen werden angenommen. Ammentlicher Abstimmung wird die Verhältnismäßigkeitsprinzipien der Landesstellen abgelehnt. Die Mehrheit beschließt dann, daß zu einer Wahlkreisreform eine Zweidrittelmehrheit beider Häuser notwendig ist. Der Gesetzentwurf ist mit den Freisinnigen, Sozialdemokraten, auch mehrere Nationalliberalen, Konservativen, sowie die beiden Dänen. Das Haus verläßt sich bis zum 4. Juni. Es soll dann weiterberaten und bestimmt werden, wann die Beratung der Verfassungsreform stattfinden hat.

Vom Tage.

Im letzten Kreise des griechischen Volkes herrscht gewaltige Bewegung über eine neue selbstherrliche Maßnahme des durch Herrn Venizelos: Der Diktator Griechenlands will, das Land gegen Verschwörer zu schützen, ein Freikorps ins Leben rufen, und es sollen in dieses auch Personen nichtgriechischer Staatsangehörigkeit einbezogen werden dürfen. Die „nichtgriechische Staatsangehörigkeit“ — das ist des Pudels Kern, und der Charakter der Verfassung als einer volksfeindlichen Fremdenmacht wird durch die Schaffung dieser Söldnergarde faustwunderbar deutlich.

Ein lustiger Krieg ist zwischen der Londoner Zeitung „The Star“ und der Northcliffe-Presse ausgebrochen. Der „Star“ hat den Verleumdungen des großen Zeitungstönigs Northcliffe vor und erwidert diese darin, daß z. B. die „Daily Mail“ ihre Schlachtberichte mit unheilvollendenden Seiten füllten, wie: „Kommel verloren“, „Opfer in Gefahr“, „Schlüssel zu den Kanälen“, „Schmiedt. Solche Unken- in der Berichterstattung seien geradezu als Verbrechen zu betrachten, sammelt der „Star“. Uns aber, als den lachenden Zeugen dieser hässlichen Zank der britischen Presse, die Stimmung augenblicklich in England herrscht.

Dr. George ist von der Universität in Edinburgh zum Doktor gemacht worden. Es wird leider nicht mitgeteilt, welche Fakultät ihm den Doktorhut ausgeben will, und mannte darum auf alle vier Fakultäten raten. Er kann geworden sein, weil er es glänzend versteht. Unrecht hat zu verdrängen, Dr. med., weil er mit allen Künsten Quacksalberei am Kranken Staatskörper herumkurirt, weil er mit der Ruhe eines stoischen Philosophen in seinen wackeligen gewordenen Ministerstuhl flammert, Dr. theol., weil er so schön fromm tun kann.

Der deutsche Tagesbericht.

Das große Hauptquartier, 15. Mai. (Amtlich.)

Westlicher Kriegsschauplatz.

Nördlich vom Kemmel hatten östliche Angriffsunternehmen vollen Erfolg und brachten 120 Gefangen. Unser Angriff traf in der Abfassung befindlich und kostete die Franzosen hohe blutige Verluste. Artilleriekampf blieb im Gebiete des Kemmels. Heute früh haben sich dort mit französischen neuen Infanteriegefechte entwickelt.

Wischen der Yps und dem La-Basse-Ranal, an der und bei Bucquoy war die feindliche Artillerie tätig während der Nacht rege.

Wischen Ance und Somme drangen wir in kurzem an der Straße Bray—Corbie in englische Linien und behaupteten das gewonnene Gelände gegen einmalige starke Gegenangriffe des Feindes. Zur Unterstützung der Infanterie hielt lebhafteste Artillerietätigkeit an. Der Billers-Brettonneux und beiderseit der Feuer und lebte der Feuerkampf vielfach auf. Auf dem westlichen Fronten griff der Feind unsere Linien bei Castel unter schweren Verlusten wurde er zurückgeschlagen. In einzelnen Abschnitten Erkundungsgefechte.

Einige Flieger schossen gestern fünf feindliche Fessel ab. In den Kampffronten sehr rege nächtliche Flieger.

Wir bewarfen Calais, Dünkirchen und andre rüd. Munitionslager und Bahnanlagen des Feindes mit Bomben.

An den anderen Kriegsschauplätzen nichts Neues. Der Erste Generalquartiermeister: Ludendorff.

Abendbericht.

WTB Berlin, 15. Mai. (Amtlich.)

Abwehr des heute früh erfolgten feindlichen Angriffes vom Kemmel blieb eine begrenzte Einkünfte in unserer vorderen Linie zurück. Ein erneuter Teilangriff der Franzosen nordwestlich von Moreuil wurde unter schweren Verlusten.

Franzosenangriffe im Münsterthal.

Am Abend des 10. Mai griffen französische Stoßtruppen in Kompaniestärke unsere Stellungen im oberen Münsterthal (Vogesen) an. Sie blieben im guttenden Feuer der Artillerie und der Maschinengewehre noch vor unserer ersten Linie liegen. Unter schweren Verlusten mußten sie in die eigenen Gräben zurückgehen. Unsere Verluste bestehen aus einem Leichtverwundeten. Trotz des französischen Munitionsaufwandes von etwa 5000 Schuß, darunter Gasgranaten, und trotz Ablenkungsfeuers auf einen benachbarten Frontteil ist das ganze Unternehmen vollkommen gescheitert.

Die deutschen Interessen in der Ukraine.

Abgelehnt von dem Gouvernement Jekaterinoslaw, in dem der Kriegszustand v. hant werden mußte, herrscht in der Ukraine Ruhe. Nur in Odessa und Koltawa macht sich eine starke Gegenströmung bemerkbar: im übrigen aber sind die Landbesitzer und die kleinen Bauern mit der Neuordnung zufrieden. Auf dem Vormarsch im Dongebiet haben die deutschen Truppen wichtige Eisenbahnknotenpunkte erreicht. Die großrussischen Banden, deren Entwaffnung die Sowjetregierung versprochen, aber bisher nicht durchgeführt hat, bestehen aus mehreren Gruppen. Die eine macht die Lage im Gouvernement Jekaterinoslaw unsicher, die zweite Gruppe steht am Nowoschen Meer, und eine dritte kämpft weithin Nowoschenker mit einer Donosakenabteilung unter dem Befehl des Generals Propow, in dessen Befehlsbereich bisher auch General Kornilow mit seiner etwa 20000 Mann starken Hauptabteilung kämpfte.

Heldentaten des Kapitänleutnants Steinbauer.

Berlin, 14. Mai.

Amtlich wird gemeldet: Im kühnem Draufgänger vernichtete Kapitänleutnant Steinbauer mit seinem bewährten U-Boot im Sperrgebiet des westlichen Mittelmeeres neuerdings innerhalb weniger Tage 7 wertvolle Dampfer meist unter erheblicher Gegenwehr und mehrere kleinere Fahrzeuge von zusammen rund 33000 Br.-Reg.-T. und mit ihnen etwa 10 Geschütze.

Im Morgengrauen des 29. April drang Kapitänleutnant Steinbauer in die stark befestigte Durchfahrt von San Pietro (Sardinien) ein und griff die im Hafen von Carloforte zu Anker liegenden Schiffe an. Er versenkte im Feuer von mehreren Landbatterien den englischen bewaffneten Dampfer „Kingstonian“ (6584 Br.-Reg.-T.) durch Torpedotreffer, vernichtete mit seiner Artillerie zwei große bewaffnete Seeflecker, schoss einen französischen Viermächschoner in Brand und bekämpfte das feindliche Artilleriefeuer. Abends erzwang sich das Boot trotz Überlegenheit der Landbatterien und Angriffe eines bewaffneten großen Motorbootes die Ausfahrt.

Im Abwesen von Carloforte führte das U-Boot ein halbstündiges Artilleriegefecht gegen einen stark bewaffneten Bewacher und beschloß die U. und Signalstation von Kap Sperone (Insel Antico) mit beobachteter Treffereignung.

Der Chef des Admiralsstabes der Marine.

Kleine Kriegspost.

Wien, 14. Mai. Der österreichisch-ungarische Kriegsminister, General der Infanterie Freiherr v. Stöger-Steiner, ist zum Generalobersten ernannt worden.

Sessingfors, 14. Mai. Die hiesige Presse tritt für einen Feldzug Finnlands gegen Petersburg und die Murmanbahn ein, um einen endgültigen Frieden mit Großrußland zu erreichen.

Amsterdam, 14. Mai. Im britischen Unterhause teilte Bonar Law mit, daß General Trenchard ein sehr wichtiges Kommando bei den britischen Luftstreitkräften in Frankreich erhalten habe.

Berlin, 14. Mai. Nach einer Pariser Savasmeldung beabsichtigt das Ober-Militärkommando keineswegs den Überabforschung aufzugeben, der uneinnehmbar sei, man ihn behaupten wolle.

Schlusssdienst.

(Droht- und Korrespondenz-Meldungen.)

Die finnische Flotte über Sveaborg.

Stockholm, 13. Mai. Wie „Svenska Dagbladet“ aus Sessingfors erfährt, wurde die finnische Flotte über Sveaborg gebildet. Präsident Soininboud betonte in einer kurzen Ansprache, daß vor 110 Jahren die schwedische Fahne der russischen habe weichen müssen, während jetzt zum erstenmal die finnische Fahne über der Stadt wehe. Außerdem teilte Soininboud mit, Sveaborg solle künftig Suomalinnä, das heißt Finnlandsburg heißen.

Entwaffnung russisch-polnischer Truppen.

Berlin, 14. Mai. Wie von gut unterrichteter Seite verlautet, sind die russisch-polnischen Truppen in der Ukraine entwaffnet worden; sie sollen demnächst in die Heimat zurückbefördert werden.

Englands Handelspolitik nach dem Krieg.

Haag, 14. Mai. Bonar Law machte gestern im englischen Unterhause eine wichtige Mitteilung. Er sagte, daß die britische Regierung die Absicht habe, ähnlich wie die französische, alle Meistbegünstigungsverträge zu kündigen. In einem Kommentar dazu lagen die „Times“, Großbritannien werde damit freie Hand für seine Wirtschaftspolitik erhalten. Bisher sei es durch Handelsverträge mit alliierten und neutralen Ländern gebunden gewesen.

Bucht in Amerika.

Haag, 14. Mai. Präsident Wilson hat angeordnet, daß der 30. Mai ein allgemeiner Pub-, Vet- und Fasttag sein soll.

Oertliche und Provinznachrichten.

Hagenburg, 15. Mai.

o Kein Müdwerden in der Heimat. In dem Londoner Blatt „Times“ fand sich in diesen Tagen die Meldung, die Stimmung in Deutschland sei sehr gedrückt, die Lage in Österreich äußerst schwierig; das müsse England bestimmen, dem Friedensangebot, das nun wahrscheinlich kommen werde, kein Gehör zu schenken. Die Mitteilung über die Lage in Deutschland ist unrichtig und das Bild von der Lage Österreichs stark übertrieben. Aber der Schluß, den das britische Blatt zieht, gibt zu denken. Hier wird die Friedensneigung unserer Gegner nicht von den Erfolgen unserer Waffen, sondern von der Stimmung in der Heimat abhängig gemacht. Damit wird uns Dabeingeblichenen ein großer Teil der Verantwortung für das baldige Kriegsende auferlegt. Denn genau wie auf dem Schlachtfelde die militärischen

Kräfte aneinander sich messen, so wird die Seelenkraft bei den Dabeingeblichenen haben und drüben gegeneinander abgewogen. Neben dem Donner der Kanonen draußen vollzieht sich hier von Land zu Land ein stiller Kampf, bei dem der Sieger ist, der die Schwere der Zeit am tapfersten in Schweigen trägt. Jeder Kleinmut, auch wenn er nur scheinbar oder bei unabwehrbaren Minderheiten vorhanden ist, jede Ausübung von Entmutigung oder Müdigkeit erneuert drüben die Kraft zum Durchhalten. Wer sich kleinmütig zeigt, der schickt dem Feind gleichsam moralische Munition, der gibt geistige Stellungen preis, und für solche Flucht vom Posten muß der Soldat im Felde büßen, der seinen Posten im Angesicht des Todes nicht verlassen hat. Unsere Friedensoffensive in der Heimat muß darin bestehen, durchzuhalten, uns der Brüder und Söhne im Schützengraben würdig zu zeigen und England fähig zu lassen, daß es für seine Pläne weder von einem Nachlassen an der Front, noch von einem Müdwerden in der Heimat etwas zu erwarten hat.

* Von einem raschen Tode wurde am gestrigen Nachmittag gegen 5 Uhr der Mehger Straußfeld von Enspel betroffen. Er war nach Hagenburg mit seinem Wagen gefahren und wollte nach Erledigung seiner geschäftlichen V. sorgeun wieder zurückfahren. In der Nähe der Fischzuchtanstalt überkam den in den 40er Jahren stehenden Mann auf dem Wagen ein Blutsturz, sodaß er vom Wagen fiel. Obwohl sich seine Frau sowie hinzugekommene Männer um den Kranken bemühten, wiederholte sich die Blutung nochmals und führte bald den Tod des Mannes herbei. Mit dem eigenen Wagen wurde die Leiche nach seiner Beihaltung in Enspel gebracht. Der Verlebte war lungenleidend und vor längerer Zeit vom Landsturmabteilung Limburg entlassen worden. (Großes Theater in Hagenburg.) Der M. G. B. von Steinebach wird am 19. Mai (Pfingstsonntag) im großen Friedrich'schen Saale das dramatische Schauspiel „Alexius“ oder „Der verborgene Edelstein“ von Kardinal Wisemann, dramatisch bearbeitet von Dr. Jos. Faust und ein lebendes Bild zur Aufführung bringen. Der Verein hat das Stück zweimal in Steinebach und am 5. Mai im großen Saale der Sigambria Kirchen mit sehr gutem Erfolg und überaus großem Beifall aufgeführt. Da sich der Verein in den Dienst der Kriegshilfe stellt und seine Leistungen weit und breit bekannt sind, dürfte demselben ein guter Erfolg beschieden sein. Das Nähere ist aus den Aushängeplakaten und aus dem Anzeigenteil unseres Blattes zu ersehen.

(1) Gerichtsassessor Dr. Schloffer, ein Hagenburger, wurde zum Direktionsmitglied der Nass. Landesbank gewählt und zum Bankrat ernannt. Aus dem Oberwesterwaldkreis, 15. Mai. Anlässlich des Pfingstfestes findet die Schlachtviehabnahme am nächsten Dienstag, den 21. Mai, vormittags 7¹/₂ Uhr auf Bahnhof Hagenburg und nachmittags 1 Uhr auf Bahnhof Marienberg-Langenbach statt.

Vom Westerwald, 13. Mai. Schon in früheren Jahren wurde über häufiges Auftreten von Schwarzwild geklagt, das an den Aedern empfindlichen Schaden anrichtet. In den verschiedenen Gemerkungen des oberen Westerwaldes zeigen die Felder deutliche Spuren des vornehmenden Auftretens der Wildsau. Infolge des großen Schadens, den die Vorstentiere anrichten, wäre es angebracht, mit allen erfolglichen Mitteln den Schädlingen zu Leibe zu gehen. Bis jetzt kam noch keiner der Schwarzrittel den Jäger vor die Finte.

Limburg, 13. Mai. Die bei dem Dorfe Steeden gelegenen, als vorgeschichtliche Fundstätten von großer Bedeutung bekannten Höhlen, waren durch einen zur Ausbeutung des Gebirges zur Kalkgewinnung gestellten Verpachtungsantrag bedroht. Dadurch, daß der Verein für Nassauische Geschichte und Altertumskunde und der Bezirkskonservator dagegen Einspruch erhob, versagte die königliche Regierung dem Antrag die Genehmigung. — In der Nacht zum Dienstag wurde bei der Firma Geschw. Mayer durch Einbruchdiebstahl hauptsächlich Wollwaren im Werte von etwa 2000 M. entwendet. Den Tätern ist man auf der Spur. — Der Bahnhof-Arbeiter J. Wogemer von hier kam auf dem hiesigen Bahnhof unter die Räder eines Zuges, der sich eben in Bewegung setzte. Dem Unglücklichen wurden beide Beine oberhalb des Knies abgefahren. Er wurde nach dem St. Vincenzhospital gebracht, wo er alsbald verstarb.

* Wiesbaden, 14. Mai. In der gestrigen 3. öffentlichen Sitzung wurde die Vorlage wegen Erweiterung der Nassauischen Lebensversicherungsanstalt, wonach dieselbe zu einer gemeinsamen Anstalt der beiden Regierungsbezirke Wiesbaden und Kassel, sowie des Fürstentums Waldeck evtl. auch des Großherzogtum Hessen mit Sitz in Wiesbaden ausgebaut werden und zunächst mit einem Stammkapital von einer Million Mark ausgerüstet sein soll angenommen. — Namens des Rechnungsprüfungsausschusses berichtete Abg. Bürgermeister Steinhaus (Hagenburg) bezüglich des Geschäftsberichts der Nass. Kriegshilfskasse für das Kalenderjahr 1917 nebst Rechnungsabrechnung mit Bilanz für 1917. Die Kasse ist gegründet im Jahre 1916 und mit 2 Millionen fundiert. Bis jetzt ist die Zahl der bewilligten wie auch der nachgekauften Darlehen nur eine geringe gewesen und hat sich bei 12 Darlehen auf nur 19000 M. belaufen. Bezüglich der Verwendung des Zinsaufkommens in Höhe von 9306 M. bezw. des auf den Staat entfallenden Anteils bestehen Meinungsverschiedenheiten. Zum Zweck der Aufklärung derselben geht die Sache an den Landesauschuß zurück, während der auf den Bezirksauschuß entfallende Anteil dem Hauptetat zur Verrechnung zugewiesen wird. — Die Errichtung einer gemeinnützigen Nassauischen Siedelungsgesellschaft G. m. b. H., besonders für Kriegsbeschädigte, ist in ihrer Bearbeitung durch den Landesauschuß so weit gediehen, daß dem diesjährigen

Landtag der Entwurf der Satzungen vorgelegt werden konnte. Das Haus hatte nach dem Bericht des Finanzausschusses diesen Satzungsentwurf gutzuheißen und ferner die finanzielle Beteiligung des Bezirksverbandes mit einer Stammeinlage von 250000 Mark zu genehmigen. Der Kommunallandtag beschloß, sich mit der Beibehaltung der Kriegsbeschädigten-Fürsorge durch den Bezirksverband einverstanden zu erklären, die erweiterte Uebernahme von Kosten auf den Landesauschuß für Kriegsbeschädigten-Fürsorge rückwirkend zu genehmigen und den Voranschlag für 1918 mit 271820 Mark, der einen Beitrag der Bezirksverwaltung von 60663 Mark vorsieht, zu bewilligen.

Nah und Fern.

o Reiseauskunft. Der Sommerfahrplan bringt verhältnismäßig viele Änderungen, die zum Teil erst in letzter Stunde endgültig festgestellt werden konnten. Es ist deshalb nicht möglich, das Reisekursbuch pünktlich mit dem Inkrafttreten des Fahrplanes auszugeben. Die Eisenbahnverwaltung empfiehlt den Reisenden, sich über den Gang der einzelnen Büge auf den Bahnhöfen selbst zu vergewissern. Die zuständigen Beamten sind angewiesen und in der Lage, zuverlässige Auskunft zu erteilen.

o Zahlungen an Kriegsgefangene in der Ukraine. Die Deutsche Bank teilt mit, daß sie in der Lage ist, Zahlungen an Kriegsgefangene und Zivilinternierte nach der Ukraine zu leisten. Der Gegenwert für diese Zahlungen, die nur im Betrage von 10 Rubel und deren Vielfachen (20, 30, 40 Rubel usw.) zulässig sind, ist bei der Deutschen Bank, ihren Filialen und Zweigstellen zum Kurse von 1,40 Mark für den Rubel einzusahlen.

o Das Vorterritorium am Stammtisch. Bei der letzten Ziehung der sächsischen Landeslotterie fiel die Prämie von 300 000 Mark zusammen mit einem Gewinn von 160 000 Mark auf das Los Nr. 65 019, von dem mehrere „Sehtel“ in Bittau gespielt wurden. Ein „Sehtel“ des Glücksspiels ist gemeinsames Eigentum eines Stammtisches geworden, so daß dem Stammtisch nach Abzug des üblichen Prozentsatzes insgesamt 34 250 Mark zugefallen sind.

o Der Geldzufluß zu den Sparkassen. Wie das Amtsblatt des deutschen Sparkassenverbandes berichtet, ist der Zuwachs an Spareinlagen im März die Riesensumme von 400 Millionen Mark erreicht, gegen 160 bezw. 140 Millionen Mark im März der beiden Vorjahre. Damit ist die Gesamtzunahme der Spareinlagen seit Jahresbeginn mit 2 1/4 Milliarden Mark gestiegen, das ist doppelt soviel wie in der gleichen Zeit der beiden Vorjahre. Die Zeichnungen der Sparzer auf die 8. Kriegsanleihe sind hierbei nicht berücksichtigt.

o Straßenbahnwagen ohne Sitzplätze. Auf einigen Straßenbahnlinien in Dresden hat man jetzt versuchsweise Anhängewagen eingestellt, die auch im Innern nur Stehplätze enthalten. Die Wagen sind von außen durch die Aufschrift „Nur Stehplätze“ kenntlich gemacht. Die Einrichtung ist als ein Notbehelf zur teilweisen Behebung der derzeitigen Verkehrsschwierigkeiten anzusehen, denn diese Wagen bieten in Innern einer größeren Anzahl Personen Platz als Wagen mit Sitzplätzen.

o Deutschenmord in den Vereinigten Staaten. Nach einem Telegramm aus New York ist es im Staate Illinois zu Ausschreitungen gegen die Deutschen gekommen, wobei ein Deutscher in Collinsville ermordet wurde. Die Regierung hat im Zusammenhang damit 12 Personen verhaften lassen und gegen vier Polizeibeamten die Anklage wegen Pflichtverletzung erhoben.

o Feuersbrunst in Norwegen. In der norwegischen Hafenstadt Fredrikstad sind durch eine Feuersbrunst 70 Wohnhäuser zerstört und 800 Menschen obdachlos geworden.

o Eine Junggeheule und Witwer-Steuer. Die Stadt Gent hat beschlossen, eine Steuer für unverheiratete und aus der Ehe geschiedene Männer und von den Witwen im Betrage von 16 Franc jährlich zu erheben. Eine ergänzende Steuer nach dem Werte der von ihnen bewohnten Wohnungen wird noch erwoogen. Bedürftige und Dienstboten sind von der Steuer befreit.

o Kleinwohnungsfürsorge in Wien. Die Stadt Wien hat für die Errichtung neuer Wohnhäuser 20 Millionen Kronen bewilligt. Man hofft, damit mindestens 2000 Häuser errichten zu können, und zwar hauptsächlich unter Benutzung von gegossenen oder gepreßten Bausteinen aus Kies und Zement, die weit billiger sein sollen als Riegel.

steine und eine weit schnellere Herstellung von und dauerhaften Wohnungen gewährleisten. Dabei man den Kleinhausebau wesentlich zu verbilligen fördern. Die Wohnungen sollen mit in den Balken gelassenen oder eingebauten Schränken, Kisten, Räumen versehen werden, trocken, warm und hell sein. Holz soll fast gar nicht benutzt werden, sondern Eisen und Eisenbeton, Zinnober und dauerhaftes für den Zimmerschmuck.

o Opfer der Pariser Keller. Eine unerwartete der Luftangriffe und der Fernbeschickung zeigt Paris auf sanitärem Gebiete. Die Statistik offenbart Keller noch mehr Opfer unter der Bevölkerung fordern Bomben. Zahlreiche Leute, die den Bomben auszuweichen wollten, haben sich in ihren Kellern schwere Entzündungen geholt. Im Monat März sind 330 Entzündungen mit tödlichem Ausgang mehr als im zu verzeichnen gewesen. Man kann sich, sagen die diese hohe Ziffer nicht anders erklären, als indem annimmt, daß die Kellerrückluft schädlich auf die wirkt. „Daraus zu schließen“, schreibt ein Pariser, „daß es besser wäre, im Bett zu bleiben, als Kellern hinunterzusteigen, daß dies vernünftiger weniger mörderisch wäre, dafür vermögen wir Verantwortung nicht zu übernehmen. Aber man kann ruhig behaupten, daß diejenigen, welche durch die in den Keller dem Tode zu entgehen hoffen, sich durchaus nicht erreichen. Denken wir also an die Gefahr, bevor wir hinabsteigen, und nehmen wir uns gehörig einzuhalten, besonders aber unsere die, aus dem Schlafe gerissen, mit vor Schreck gerissenen Augen in die feuchten Keller hinab zu sehen.“

o Rationierung von Kaffee und Tee in der Schweiz. Eine Versammlung der Schweizer Kleinhandelskationen beschloß, an der schon bisher durch die Händler selbst durchgeführte Rationierung von Kaffee aufzuheben und sie nunmehr auch auf Tee auszuweiten. Danach darf im Kleinhandel an die einzelne Person pro Woche nicht mehr als ein Pfund Kaffee und 50 Tee abgegeben werden.

Für die Schriftleitung und Anzeigen verantwortlich: Theodor Kirchhölzl in Hachenburg.

Verkauf von Radeln
am Freitag, den 17. Mai 1918 in den Geschäften von Schulz, Winter, Rhein, Kaufhaus, Dörsch und Gerning.
Auf Lebensmittelkartenabschnitt 27 wird 1/4 Pfund Radeln verabsolgt. Preis pro Pfd. 42 Pfg.
Hachenburg, den 15. 5. 1918. Der Bürgermeister.

Festsetzung des Ortslohnes.
Unter Abänderung der Bekanntmachung vom 24. Oktober 1913 (Reg.-Amtsblatt S. 291) und 30. August 1916 (Reg.-Amtsblatt S. 251) wird auf Grund der §§ 149 150 der Reichsversicherungsordnung das ordentliche Tageslohn gewöhnlicher Tagelöhner (Ortslohn) innerhalb des Regierungsbezirks Wiesbaden für die Zeit vom 1. Juli 1918 bis zur nächsten allgemeinen Ortslohnfestsetzung, wie folgt, anderweit festgesetzt:
Für den Versicherungs-Amts-Bezirk des Oberwesterwaldkreises für Personen über 21 Jahre, männliche 3,60 Mark, weibliche 2,40 Mark, für Personen von 16–21 Jahren, männliche 2,90 Mark, weibliche 2,20 Mark, für Personen unter 16 Jahren, männliche 1,90 Mark, weibliche 1,00 Mark.
Zehelinge zählen zu den jungen Leuten, (§ 150 Abs. 1 und 2 der Reichsversicherungsordnung.)
Wiesbaden, den 12. April 1918.
Königl. Oberversicherungsamt.
Wird veröffentlicht.
Hachenburg, den 13. 5. 1918. Der Bürgermeister.
J. W. Carl Pikel, Beigeordneter.

Bekanntmachung.
Auf Grund des § 58 a der Reichsgetreideordnung vom 21. Juni 1917 — R. G. Bl. S. 507 — hat der Kreisausschuß mit Wirkung vom 15. Mai 1918 ab folgende Höchstpreise für Brot festgesetzt:
1. Für ein Vollkornbrot (Schrotbrot) im Gewicht von 3 Pfd. 300 Gramm 73 Pfg.
2. Für ein Kriegebrot (hergestellt aus 94%igem Roggenmehl im Gewicht von 3 Pfd. 300 Gramm 75 Pfg.
3. Für ein Weizenbrot (Vollkorn) im Gewicht von 300 Gramm 5 Pfg.
Das Gewicht muß 24 Stunden nach der Herstellung vorhanden und die Ware gut ausgebaut sein.
Der Kreisausschuß des Oberwesterwaldkreises.
geg. Ulrici.
Wird veröffentlicht.
Hachenburg, den 13. 5. 1918. Der Bürgermeister.
J. W. Carl Pikel, Beigeordneter.

Handwerker-Versammlungen.

Die Zeitverhältnisse, insbesondere die Rohstoffversorgung des Handwerks, erfordern dringend den Zusammen-schluß der Handwerker. Zur Besprechung dieser Frage und Stellung der erforderlichen Anträge werden:
a) die Schreiner und Glaser,
b) die Schmiedemacher,
c) die Schmiede und Wagner } des Oberwesterwaldkreises
auf Freitag, den 17. Mai nachmittags 3 Uhr
in das Hotel Schmidt in Hachenburg eingeladen.
Die Organisation soll den ganzen Oberwesterwaldkreis umfassen.

Die Handwerkskammer.

Herren- und Knaben-Strohhüte
in Massenauswahl.
Warenhaus S. Rosenau Hachenburg.

Zahn- und Mundwasser zu haben bei K. Dasbach, Hachenburg.

Große Theater-Aufführung
des Männergesangsvereins „Eintracht“ Sielbach
im großen Friedrich'schen Saale zu Hachenburg
am Sonntag den 19. Mai 1918 (Pfingstsonntag).

Zur Aufführung kommt das dramatische Schauspiel:

„Alexius“

oder

Der verborgene Edelstein.

Nach Kardinal Wisemann. Dramatisch bearbeitet von Dr. Jos. Faust in 5 Aufzügen und einem lebenden Bild.
Das Stück spielt auf dem Aventin zu Rom unter der Regierung des Kaisers Honorius und dem Pontifikate Innocenz II.
Vor und nach dem Spiel, sowie während den Pausen werden Musikstücke vorgetragen.
Der Reinertrag ist für hilfsbedürftige Kriegserwitwen und Waisen des Vereins bestimmt.
Der Verein wird sich alle Mühe geben, den Bewohnern von Hachenburg und Umgebung einen angenehmen Abend zu bieten.
Anfang 6 Uhr. Kasseneröffnung 5 Uhr.
Eintrittspreise: 1. Platz 2 M. 2. Platz 1,50 M.

Für das Pfingstfest!
Damen- und Kinder-Konfektion
Kostümstücke Blusen Kinderkleidchen
Herren- und Knaben-Konfektion
Herren-Anzüge Knaben-Anzüge
Wasch-Anzüge und Blusen
in großer Auswahl
Damen- und Kinder-Hüte
Garnierte Kinderhüte von M. 175 an
Herren- u. Knaben-Strohhüte
in Massenauswahl
Modewaren
Blusenträger, Gürtel und Taschen
Herren-Artikel
Kragen — Krawatten — Hosenträger
in reicher Auswahl.
Warenhaus S. Rosenau Hachenburg.

Damen- und Kinder-Strohhüte
in allen Preislagen.
Warenhaus S. Rosenau Hachenburg.

Samstag den 18. Mai 1918
bleiben die Kassen und Büros der Sparkassen Hachenburg und Marienberg geschlossen.

Bettbarchent
in 130, 150 und 160 breit, in rot und blau
Bettfedern und Daunendecken
Bettstellen, komplette Betten und Matratzen
empfiehlt
Berthold Seewald, Hachenburg.

Für die Feiertage!
Täglich frisch eintreffend:
Kopfsalat
Spinat
Spargel
zu Tagespreisen.
Warenhaus
S. Rosenau
Hachenburg.

Wir haben reichlich auf Lager
Koch- und Viehfalz
Bretter, Latten, Dielen, Fußböden: Hobel, Dielen, Stab-Bretter und Fußleisten etc. Ebenso (gegen Saatscheine) Saat-Erbsen, Bohnen und Weizen. Ferner besorgen wir schnellstens gegen Einsendung von Saatscheinen und Füllsäcken Saat-Gerste und Weizen.
Carl Müller Söhne
Bahnhof Ingo'bach (Kroppach).
Fernsprecher Nr. 8
Amt Altenkirchen.

Tabak.
„Führer im Tabakbau.“
Anleitung zum Anbau von Tabak, Weizen u. Gersten von Rauch- u. Autotabak, Zigarren und Zigaretten. Bei Voreinsendung des Betrages 1,50 Mark. Nachnahme 30 Pfg. mehr.
O. Frey, Engers (Rhein),
Vendortstraße 46a.

Tabak.
„Führer im Tabakbau.“
Anleitung zum Anbau von Tabak, Weizen u. Gersten von Rauch- u. Autotabak, Zigarren und Zigaretten. Bei Voreinsendung des Betrages 1,50 Mark. Nachnahme 30 Pfg. mehr.
O. Frey, Engers (Rhein),
Vendortstraße 46a.

Ein ordentliches
Mädchen oder
zur selbstständigen
meines Haushaltes
mit zwei Söhnen
12 Jahre alt)
gesucht. Später
nicht ausgeschlossen
in der Geschäftsst.

Umzugs halber
Zimmer
zu verkaufen.
L. Reich, Hachenburg.

K. A.-S.
und Seifen
gegen Ratten
zu haben bei
Karl Dasbach,
Hachenburg.

Neu eingetroffen
Große Sem
Elegante
Herren
Krawatten
Binde
lange Form
und Umlege
Schleifen
in guten Qual
Warenhaus
S. Rosenau
Hachenburg.